

CSU bremst bei Homo-Ehe

Koschyk gegen steuerliche Gleichstellung – Kramme: Klassische Ehe nicht bedroht

BAYREUTH/BERLIN
Von Elmar Schatz

Die CSU bleibt bei ihrem Nein zu einer vollen Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare – zumindest solange das Bundesverfassungsgericht keine anderen Vorgaben macht. Nach Protesten des konservativen Unionsflügels tritt auch die CDU-Spitze um Kanzlerin Angela Merkel bei der steuerlichen Gleichstellung homosexueller Paare mit der Ehe auf die Bremse.

Auf Kurier-Anfrage erläutert der parlamentarische Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (CSU/Bayreuth): „Ich respektiere die Entscheidung von Menschen voll und ganz, die ihren Lebensentwurf in anderen Formen der Partnerschaft als der Ehe verwirklichen möchten.“ Auch in gleichgeschlechtlichen Beziehungen würden grundlegende Werte unserer Gesellschaft ge-

lebt. Allerdings sei dem Bedürfnis gleichgeschlechtlicher Lebenspartner nach Anerkennung und rechtlicher Absicherung mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz bereits umfassend Rechnung getragen worden. Der Schutz von Ehe und Familie gemäß Artikel 6 des Grundgesetzes sollte weiterhin gewahrt bleiben. Koschyk wörtlich: „Persönlich lehne ich eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sowie das Recht auf Volladoption ab. Etwaige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes in Richtung steuerrechtliche Gleichstellung müssten vom Gesetzgeber aber umgesetzt werden. Vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sollte nach meiner persönlichen Meinung der Gesetzgeber nicht tätig werden.“

Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme sagt: „Ich

befürworte die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften; denn Gleichbehandlung und Gleichberechtigung sind Grundrechte, die es zu achten gilt. Im Übrigen sehe ich keine Gefahr, dass dadurch die herausgehobene Stellung der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau infrage gestellt würde.“ Eine Gleichstellung von homosexuellen Paaren lasse unser Wertesystem nicht zusammenbrechen. Kramme wünscht sich in der Diskussion mehr gegenseitiges Verständnis und Toleranz. Politisch sei das Thema gerade für die Union höchst unangenehm; „denn vonseiten der streng konservativen Mitglieder sind hier eigentlich keine zwei Meinungen gestattet“.

Bundeskanzlerin Merkel könne es sich aber nicht schon wieder erlauben, vom Bundesverfassungsgericht korrigiert zu werden, daher sei sie gezwungen zu handeln. → **Standpunkt + Seite 2**